Stadt Hilden

Niederschrift

**über die 2. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Haupt- und
Finanzausschusses am Mittwoch, 04.03.2015 um 17:00 Uhr, im Bürgersaal des
Bürgerhauses**

Anwesend waren:

Vorsitz

Frau Bürgermeisterin Birgit Alkenings

Ratsmitglieder

Frau Anabela Barata	SPD	
Herr Christoph Bosbach	SPD	
Herr Torsten Brehmer	SPD	
Herr Reinhold Daniels	SPD	
Herr Hans-Werner Schneller	SPD	
Herr Dominik Stöter	SPD	
Frau Marion Buschmann	CDU	
Herr Wolfgang Greve-Tegeler	CDU	
Frau Claudia Schlottmann	CDU	
Herr Norbert Schreier	CDU	
Herr Reinhard Zenker	CDU	
Herr Klaus-Dieter Bartel	Bündnis90/Die Grü-	
nen		
Herr Hartmut Toska	Bündnis90/Die Grü-	
nen		
Frau Angelika Urban	Allianz für Hilden	
Herr Rudolf Joseph	FDP	
Herr Ludger Reffgen	BÜRGERAKTION	
Herr Prof. Dr. Ralf Bommermann	AfD	
Herr Michael Wegmann	CDU	für Fred-Harry Frenzel

Von der Verwaltung

Herr 1. Beig. Norbert Danscheidt
Herr Beig. Reinhard Gatzke
Frau Beig. Rita Hoff
Herr Kämmerer Heinrich Klausgrete
Herr Michael Witek
Frau Susanne Enke
Frau Birgit Kamer
Herr Tobias Schlusche

Ratsmitglieder

Herr Fred Harry Frenzel	CDU	abwesend
-------------------------	-----	----------

Tagesordnung:

Eröffnung der Sitzung

Änderungen zur Tagesordnung

Einwohnerfragestunde

- 1 Befangenheitserklärungen
- 2 CO-Pipeline der Firma Bayer-Material Science - Sachstandsbericht
- 3 Anregungen und Beschwerden
 - 3.1 Anregung nach § 24 GO NRW;
hier: Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TiSA stoppen
WP 14-20 SV 20/017
 - 3.2 Anregung gem. § 24 GO NRW, Heiligenstraße
WP 14-20 SV 66/018
 - 3.3 Anregung gem. § 24 GO NRW hier: Ermäßigung von Kulturveranstaltungen für
Hartz-IV und Erwerbsminderungsrenten-Berechtigte
WP 14-20 SV 41/018
- 4 Angelegenheiten des Ausschusses für Umwelt- und Klimaschutz
 - 4.1 Bau einer Fahrradabstellanlage an der S-Bahn Haltestelle Hilden-Süd
hier: Unterlagen nach §14 GemHVO
WP 14-20 SV 66/021
 - 4.2 Neuauflage des Schulgebäudeunterhaltungsprogramms
WP 14-20 SV 26/003
- 5 Angelegenheiten des Jugendhilfeausschusses
 - 5.1 Spielgerätebedarf auf öffentlichen Spielplätzen / Schulhöfen im Stadtgebiet 2015
hier: Unterlagen nach §14 GemHVO
WP 14-20 SV 66/019
- 6 Haushalts- und Gebührenangelegenheiten
 - 6.1 Kenntnisnahme der über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und investiven
Auszahlungen für die Zeit vom 11.11.2014 bis 31.12.2014
WP 14-20 SV 20/014
 - 6.2 2. Nachtrag zur Benutzungs- und Gebührenordnung für den Heinrich-Strangmeier-

Saal im Alten Helmholtz
WP 14-20 SV 41/020

- 6.3 Neufassung der Satzung über die Teilnahme sowie die Erhebung von Gebühren im Rahmen von Elternbeiträgen in der "Offenen Ganztagsgrundschule" und der "Verlässlichen Grundschule 8-1" im Primarbereich.

WP 14-20 SV 51/048

- 6.4 Erhöhung der Nutzungsgebühren der Notunterkünfte für Obdachlose der Stadt Hilden

12. Nachtrag zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Obdachlosenunterkünfte der Stadt Hilden (Hildener Obdachlosensatzung)

WP 14-20 SV 50/029

- 6.5 Entwurf der Haushaltssatzung 2015 und Bericht über den Hildener Bürgerhaushalt
WP 14-20 SV 20/013

- 7 Sonstige Ratsangelegenheiten

- 7.1 Sachstandsbericht 2014 – Zentrale Vergabestelle
WP 14-20 SV 20/018

- 7.2 Entsendung einer offiziellen Delegation in die Partnerstadt Nové Mesto nad Metují
WP 14-20 SV 01/023

- 8 Anträge

- 8.1 Antrag der Fraktion Allianz für Hilden - Verbesserung der Transparenz über finanzielle Auswirkungen von Projekten
WP 14-20 SV 20/015

- 9 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen

- 9.1 Resolution gegen die Schließung der Notfallpraxen im Kreis Mettmann

- 9.2 Integriertes Handlungskonzept - hier Fristverkürzung für die Beantragung von Landeszuschüssen

- 10 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

- 10.1 Anfrage Bürgeraktion - Mobile Kommunikation an Schulen

Um 17.30 Uhr wird eine Einwohnerfragestunde durchgeführt mit einer zeitlichen Begrenzung von 30 Minuten.

Eröffnung der Sitzung

Die Vorsitzende, Bürgermeisterin Birgit Alkenings, eröffnete die Sitzung und begrüßte die anwesenden Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses, die Vertreter der Presse und die erschienenen Zuhörer. Im Anschluss stellte sie die fristgerechte Einladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Ferner hielt sie fest, dass die Sitzungsunterlagen vollständig zugegangen seien.

Änderungen zur Tagesordnung

Beschlussvorschlag:

Die Bürgermeisterin schlug vor die Tagesordnungspunkte

6.3 SV 51/048 „Neufassung der Satzung über die Teilnahme sowie die Erhebung von Gebühren im Rahmen von Elternbeiträgen in der "Offenen Ganztagsgrundschule" und der "Verlässlichen Grundschule 8-1" im Primarbereich.“

und

6.5 SV 20/013 „Entwurf der Haushaltssatzung 2015 und Bericht über den Hildener Bürgerhaushalt“

zu tauschen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Einwohnerfragestunde

Zur Einwohnerfragestunde meldete sich niemand.

1 Befangenheitserklärungen

Folgende Befangenheiten wurden angezeigt:

RM Schneller für TOP 6.5 SV 20/013 im Bereich der SPE Mühle
RM Bosbach für TOP 6.5 SV 20/013 im Bereich der SPE Mühle
RM Cl. Schlottmann für TOP 6.5 SV 20/013 im Bereich der SPE Mühle

2 CO-Pipeline der Firma Bayer-Material Science - Sachstandsbericht

Bezüglich der CO-Pipeline der Fa. Bayer Material Science lagen keine neuen Informationen vor.

3 Anregungen und Beschwerden

3.1 Anregung nach § 24 GO NRW; WP 14-20 SV
hier: Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TiSA stoppen 20/017

Die Bürgermeisterin erklärte, dass die Verwaltung eine Sitzungsvorlage für den Rat vorlegen werde, die eine zu den anderen Städten gleichlautende Resolution zur Abstimmung stellt.

Antragstext:

„Der Rat der Stadt Hilden bringt seine ablehnende Haltung zum transatlantischen Freihandels- und Investitionsabkommen TTIP zum Ausdruck und unterstützt grundsätzlich das gemeinsame Positionspapier zu internationalen Handelsabkommen des Deutschen Städtetags, des Deutschen Landkreistages, des Deutschen Städte- und Gemeindebundes und des Verbandes kommunaler Unternehmen e. V. (VKU) vom Oktober 2014.

Der Rat der Stadt Hilden vertritt darüber hinaus die Ansicht, dass die Verhandlungen unter den jetzigen Bedingungen beendet werden müssen.

TTIP birgt die Gefahr, die demokratisch legitimierten Gestaltungsmöglichkeiten von Städten und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen massiv einzuschränken. Die kommunale Selbstverwaltung wird grundlegend angegriffen.

Der Rat der Stadt Hilden ist der Ansicht, dass er unverzüglich und vollumfänglich über den aktuellen Stand der TTIP-Verhandlungen informiert werden sowie während des gesamten Verhandlungsverlaufs adäquaten Zugang zu allen relevanten Dokumenten erhalten muss.“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig abgelehnt mit
2 Enthaltungen (Grüne)

3.2 Anregung gem. § 24 GO NRW, Heiligenstraße WP 14-20 SV
66/018

Nach kurzer Aussprache nahm der Haupt- und Finanzausschuss den nachfolgenden Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses zur Kenntnis:

Antragstext des ADFC:

Wir beantragen, dass die Heiligenstraße mittelfristig als fahrrad- und fußgängerfreundliche Route in die Innenstadt barrierefrei ausgebaut wird.

Abstimmungsergebnis des Stadtentwicklungsausschuss:

Mehrheitlich abgelehnt mit
3 Ja (Grüne, FDP)
14 Nein

3.3 Anregung gem. § 24 GO NRW hier: Ermäßigung von Kulturveranstaltungen für Hartz-IV und Erwerbsminderungsrenten-Berechtigte WP 14-20 SV
41/018

Der Haupt- und Finanzausschuss nahm Kenntnis von dem nachfolgenden Beschluss des Ausschusses für Kultur und Heimatpflege:

Bürgeranregung zwecks Ermäßigung – Kulturveranstaltungen in der Bücherei, Museum und sonstige Veranstaltungen.

Ich stelle hiermit den Bürgerantrag auf Gleichstellung der Hartz IV-Berechtigten und Erwerbsminderungsrenten-Berechtigten bei diversen Veranstaltungen.

Die Bürgeranregung ist als Anhang (der Sitzungsvorlage) beigefügt.

Abstimmungsergebnis des Ausschusses für Kultur- und Heimatpflege
einstimmig abgelehnt

4 Angelegenheiten des Ausschusses für Umwelt- und Klimaschutz

4.1	Bau einer Fahrradabstellanlage an der S-Bahn Haltestelle Hilden-Süd	WP 14-20 SV 66/021
	hier: Unterlagen nach §14 GemHVO	

RM Bartel/Grüne erklärte, trotz Unklarheit über die Fördermittel und einen späteren Baubeginn sei jetzt der Beschluss dieses Projektes des Klimaschutzkonzeptes wichtig; es handle sich um die erste Maßnahme aus dem Klimaschutzkonzept, die umgesetzt werde. Dem Antrag solle zugestimmt werden. Die Haushaltsmittel seien mit einem HV 6-Vermerk zu versehen.

RM Zenker/CDU beantragte entsprechend des Beschlussvorschlages des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz vom 19.02.2015, der dem Änderungsantrag der CDU entsprach, zu beschließen.

Die Bürgermeisterin erläuterte die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen unter denen bereitgestellte Haushaltsmittel mit einem HV 6-Vermerk versehen werden können.

Beschlussvorschläge und Abstimmungsergebnisse

1. Beschlussvorschlag

„Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt nach Vorberatung im Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz die Errichtung einer Fahrradstation am S-Bahnhof Hilden Süd und stimmt den vorgelegten §14GemHVO-Unterlagen sowie den ermittelten Gesamtkosten in Höhe von 226.600,00€ zu (In dem Betrag sind die aktivierten Eigenleistungen enthalten!).

Über die Aufnahme der Maßnahme in die Finanzplanung frühestens ab dem 01.01.2017 wird im Rahmen der Haushaltsplanberatungen entschieden.“

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich abgelehnt mit

7 Ja (CDU, FPD)

10 Nein

1 Enthaltung (Bürgermeisterin)

2. Beschlussvorschlag

„Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt nach Vorberatung im Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz die Errichtung einer Fahrradstation am S-Bahnhof Hilden Süd und stimmt den vorgelegten §14GemHVO-Unterlagen sowie den ermittelten Gesamtkosten in Höhe

von 226.600,00€ zu (In dem Betrag sind die aktivierten Eigenleistungen enthalten!).

Die Mittel werden im Haushaltsplan mit einem Haushaltsvermerk 6 versehen. Eine Mittelfreigabe über den Fachausschuss erfolgt erst, wenn ein Zuwendungsbescheid vorliegt.

Über die Aufnahme der Maßnahme in die Finanzplanung wird im Rahmen der Haushaltsplanberatungen entschieden.“

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich beschlossen mit

10 Ja

8 Enthaltungen (CDU, FDP, Bürgermeisterin)

4.2 Neuauflage des Schulgebäudeunterhaltungsprogramms

WP 14-20 SV
26/003

Beschlussvorschlag:

„Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt nach Vorberatung im Ausschuss für Schule und Sport sowie im Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz das vorgelegte Schulgebäudeunterhaltungsprogramm für die Jahre 2015-2018.

Über die Aufnahme der vorgesehenen Maßnahmen in die Haushaltspläne der Jahre 2015-2018 wird im Rahmen der jeweiligen Haushaltsplanberatungen entschieden.“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

5 Angelegenheiten des Jugendhilfeausschusses

5.1 Spielgerätebedarf auf öffentlichen Spielplätzen / Schulhöfen im Stadtgebiet 2015
hier: Unterlagen nach §14 GemHVO

WP 14-20 SV
66/019

Beschlussvorschlag:

„Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt nach Vorberatung im Jugendhilfeausschuss die Lieferung und Montage fehlender bzw. defekter Spielgeräte auf den Spielplätzen sowie den Schulhöfen und Kindergärten im Stadtgebiet Hilden gemäß der Aufstellung des Tiefbau- und Grünflächenamtes und stimmt den vorgelegten §14GemHVO-Unterlagen und den ermittelten Gesamtkosten in Höhe von 59.920,00€ (Schulhöfe und Kindergärten) und 90.950,00€ (Spielplätze) zu. (In den Beträgen sind die aktivierten Eigenleistungen enthalten!)

Über die Aufnahme der Maßnahme in die Finanzplanung wird im Rahmen der Haushaltsplanberatungen entschieden.“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

- 6.1 Kenntnisnahme der über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und investiven Auszahlungen für die Zeit vom 11.11.2014 bis 31.12.2014 WP 14-20 SV 20/014
-

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden nimmt nach Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss Kenntnis von den in der Zeit vom 11.11.2014 bis 31.12.2014 erteilten Genehmigungen zur Leistung von unerheblichen über- und außerplanmäßigen Aufwendungen (Anlage 1 der Sitzungsvorlage) und investiven Auszahlungen (Anlage 2 der Sitzungsvorlage).

Abstimmungsergebnis:
Kenntnis genommen

- 6.2 2. Nachtrag zur Benutzungs- und Gebührenordnung für den Heinrich-Strangmeier-Saal im Alten Helmholtz WP 14-20 SV 41/020
-

Beschlussvorschlag:

„Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Ausschuss für Kultur und Heimatpflege und im Haupt- und Finanzausschuss den 2. Nachtrag zur Benutzungs- und Gebührenordnung für den Heinrich-Strangmeier-Saal im „Alten Helmholtz““.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen

- 6.3 Neufassung der Satzung über die Teilnahme sowie die Erhebung von Gebühren im Rahmen von Elternbeiträgen in der "Offenen Ganztagsgrundschule" und der "Verlässlichen Grundschule 8-1" im Primarbereich. WP 14-20 SV 51/048
-

Die RMer Schneller/SPD, Joseph/FDP, Cl. Schlottmann/CDU und Reffgen/BA sprachen sich dafür aus, die bisherige Bruttojahreseinkommensgrenze von 25.000 € für die kostenlose Nutzung der Offenen Ganztagschule beizubehalten, statt die im Verwaltungsvorschlag aufgeführte Grenze von 20.000 € in die Satzung aufzunehmen.

Beschlussvorschläge und Abstimmungsergebnisse

1. Beschlussvorschlag:
„Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt nach Vorberatung im Ausschuss für Schule und Sport die Bruttojahreseinkommensgrenze für die kostenlose Nutzung der Offenen Ganztagschule bei 25.000 € (statt 20.000 € Verwaltungsvorschlag) zu belassen.“

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen mit
1 Enthaltung (Bürgermeisterin)

2. Beschlussvorschlag:

„Der Rat der Stadt beschließt nach Vorberatung im Ausschuss für Schule und Sport und dem Haupt- und Finanzausschuss die im Wortlaut vorliegende Satzung der Stadt Hilden über die Teilnahme sowie die Erhebung von Gebühren im Rahmen von Elternbeiträgen in der „Offenen Ganztagsgrundschule“ und der „Verlässlichen Grundschule 8-1“ im Primarbereich“ vom 18.3.2015.“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen mit
1 Enthaltung (Bürgermeisterin)

6.4 Erhöhung der Nutzungsgebühren der Notunterkünfte für Obdachlose der Stadt Hilden WP 14-20 SV
50/029

12. Nachtrag zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Obdachlosenunterkünfte der Stadt Hilden (Hildener Obdachlosensatzung)

Beschlussvorschlag:

„Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Sozialausschuss und im Haupt- und Finanzausschuss die Nutzungsgebühren für Notunterkünfte für Obdachlose der Stadt Hilden zu erhöhen und die Satzung dementsprechend zu ändern.“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

6.5 Entwurf der Haushaltssatzung 2015 und Bericht über den Hildener Bürgerhaushalt WP 14-20 SV
20/013

RM Reffgen/BA fragte nach dem von seiner Fraktion eingereichten Antrag „Pauschalkürzungen um sechs Prozent“. Die Bürgermeisterin antwortete, dass die Verwaltung diesen nicht erhalten hatte. Der Antrag wurde direkt nachgereicht und liegt als Anlage 1 bei. (Abstimmungsergebnis siehe Anlage 3, Liste 3 Ergebnishaushalt, Seite 62 von 63))

Der Kämmerer erklärte zu diesem vorgelegten Antrag, dass solche pauschalen Kürzungen keinen Sinn ergeben und an einigen Verträgen / Ausgaben (z. B. KiTa-Verpflegung und Müllverbrennungsgebühren) einfach nicht gespart werden könne. Dies würde bedeuten, dass bei anderen Positionen ein wesentlich höherer Prozentsatz einspart werden müsse. Dies lasse sich nicht realisieren.

RM Joseph/FDP reichte folgenden Antrag (siehe Anlage 2) ein:

„Die Verwaltung wird beauftragt, dass mit dem Haushaltsplanentwurf 2016 zusätzlich die vor 2011 geschlossenen und noch laufenden freiwilligen Verträge aufgelistet werden, um eine bessere Informationsbasis zu bekommen.“

Vielen Dank.“

(Abstimmungsergebnis siehe Anlage 3, Liste 3 Ergebnishaushalt, Seite 60 von 63, Antrag 70)

Beschlussvorschläge und Abstimmungsergebnisse:

Es gab keine Bedenken gegen Globalbeschlüsse bei den Listen 1 und 2 im Ergebnishaushalt sowie bei den Investitionen.

1. Beschlussvorschlag Liste 1 Ergebnishaushalt:

„Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt global Kenntnis über die Liste 1 „erledigte oder zurückgezogene Anträge“ des Ergebnishaushalts.“

Abstimmungsergebnis:

Zur Kenntnis genommen.

2. Beschlussvorschlag Seite 14 Liste 2 Ergebnishaushalt:

„Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt gemäß der Seite 14 der Liste 2 des Ergebnishaushalts die Bereitstellung der finanziellen Mittel für das Rahmenkonzept OGS 2020 (Sitzungsvorlage 51/038) gemäß der Vorberatung im Ausschuss für Schule und Sport in seiner Sitzung am 10.12.14.“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

3. Beschlussvorschlag Liste 2 Ergebnishaushalt (ohne Seite 14):

„Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt global über die Liste 2 „Ansatzkorrekturen mit Verwaltungsvorschlägen“ des Ergebnishaushalts (ohne Seite 14).“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen bei
1 Enthaltung (FDP)

4. Liste 3 Ergebnishaushalt:

Die „Anträge der Fraktionen und sonstige Anträge“ der Liste 3 im Ergebnishaushalt wurden im Einzelfall abgestimmt werden. Die Abstimmungsergebnisse finden sich in den Listen wieder und sind als Anlage 3 beigelegt.

5. Beschlussvorschlag Liste 1 Investitionen:

„Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt global Kenntnis über die Liste 1 „erledigte oder zurückgezogene Anträge“ der Investitionen.“

Abstimmungsergebnis:

Zur Kenntnis genommen.

6. Beschlussvorschlag Liste 2 Investitionen:

„Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt global über die Liste 2 „Ansatzkorrekturen mit Verwaltungsvorschlägen“ der Investitionen.“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

7. Liste 3 Investitionen:

Über die „Anträge der Fraktionen und sonstige Anträge“ der Liste 3 im Bereich der Investitionen wurden im Einzelfall abgestimmt. Die Abstimmungsergebnisse finden sich in den

Listen wieder und sind als Anlage 4 beigelegt.

8. Beschlussvorschlag 4 Punkte Verwaltungsvorschlag:

1. „Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt gegenüber dem vorgelegten Entwurf nachfolgende Änderungen (siehe Änderungslisten):“
2. „Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt die Fortsetzung folgender freiwilliger Maßnahme für einen weiteren Zeitraum von maximal drei Jahren (bis zum 31.12.2017):“

Amt	Produkt	Zeile Ergebnis-Plan	Empfänger	Verwendungszweck	Betrag in 2015	Beschluss vom
III/41	040201 Kultur-förderung	15 Transfer-aufwen-dungen	Kultur pflegende Vereine	Die Richtlinien zur Förderung Kultur pfle-gender Vereine und Organisationen in Hil-den regeln die Höhe der Zuschüsse. Hier ist die Zahlung von Pauschal-, Jubiläums- und Sonderzuschüs-sen geregelt.	34.920 €	12.12.2012 (In Kraft ge-treten am 01.01.2013)
III/51	060107 För-derung der Kinder- und Jugendarbeit	15 Transfer-aufwen-dungen	Sozialpä-da-gogische Einrichtung Mühle e. V.	Kinder- und Jugend-club Mühle, Schulsozialarbeit	212.370 €	04.07.2012
			Freizeit-gemein-schaft	Abenteuerspielplatz	260.400 €	12.12.2012
III/51	060301 Be-reitstellung von Hilfen inner- und außerhalb von Familien	15 Transfer-aufwen-dungen	Sozialpä-da-gogische Einrichtung Mühle e. V.	Erziehung in einer Tagesgruppe	262.550 €	04.07.2012
III/51	070102 Maß-nahmen der Gesundheits-förderung	15 Transfer-aufwen-dungen	Sozialpä-da-gogische Einrichtung Mühle e. V.	Suchtberatung	136.100 €	04.07.2012
III/50	100801 Hilfen für Wohnungslo-se	15 Transfer-aufwen-dungen	Sozialpä-da-gogische Einrichtung Mühle e. V.	Wohnungsnotfallhilfe/ Wohnungssicherung und Sozialberatung	362.000 €	04.07.2012

3. „Die Verwaltung wird beauftragt, nach dem Beratungsergebnis die Haushaltssatzung 2015 mit ihren Anlagen, einschließlich der fortgeschriebenen Ergebnis- und Finanzplanung und der fortgeschriebenen Teilpläne (inkl. der Einzahlungen und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit) bis 2018 fertig zu stellen und dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen.“
4. „Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den Bericht über den Hildener Bürgerhaushalt 2015 zur Kenntnis.“

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen mit
1 Enthaltung (FDP)

7 Sonstige Ratsangelegenheiten

7.1 Sachstandsbericht 2014 – Zentrale Vergabestelle WP 14-20 SV
20/018

„Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den Sachstandsbericht über die Tätigkeiten der Zentralen Vergabestelle zur Kenntnis.“

Abstimmungsergebnis:
Kenntnis genommen

7.2 Entsendung einer offiziellen Delegation in die Partnerstadt Nové Město nad Metují WP 14-20 SV
01/023

Bislang haben nicht alle Fraktionen ihre Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Delegation gemeldet. Die Bürgermeisterin bittet dies innerhalb von 10 Tagen nachzuholen.

Beschlussvorschlag:

„Auf der Grundlage des mit der Stadt Nové Město nad Metují geschlossenen Partnerschaftsvertrages beschließt der Rat der Stadt Hilden nach Vorberatung im Paten- und Partnerschaftsausschuss und im Haupt- und Finanzausschuss die Entsendung einer offiziellen Delegation in die Partnerstadt Nové Město nad Metují

a) in der Zeit vom 14. Mai bis 17. Mai 2015

in der Zusammensetzung

Bürgermeisterin

10 Ratsmitglieder

2 Verwaltungsangehörige.

Für die teilnehmenden Ratsmitglieder und sachkundigen Bürger wird ein Eigenanteil in Höhe von 110,00 € festgesetzt.“

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen mit
1 Enthaltung (BA)

8 Anträge

8.1 Antrag der Fraktion Allianz für Hilden - Verbesserung der Transparenz über finanzielle Auswirkungen von Projekten

WP 14-20 SV
20/015

Frau Urban/Allianz erklärte, dass ihre Fraktion mit der Änderung der Tabelle über finanzielle Auswirkungen zunächst zufrieden sei und testen würde. Sollten die Angaben nicht ausreichen, werde in einem Jahr ein neuer Antrag gestellt.

9 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen

keine

9.1 Resolution gegen die Schließung der Notfallpraxen im Kreis Mettmann

Die Bürgermeisterin erklärte, dass die Verwaltung im kommenden Rat eine Sitzungsvorlage vorlegen werde, in der eine Resolution gegen die Schließung der Notfallpraxen im Kreis Mettmann zum Beschluss stehen würde.

9.2 Integriertes Handlungskonzept - hier Fristverkürzung für die Beantragung von Landeszuschüssen

Die Bürgermeisterin berichtete von der Fristverkürzung für die Beantragung der Landeszuschüssen im Rahmen des Integrierten Handlungskonzeptes auf 13. März 2015. Ihr Vorschlag über die Mittelbeantragung für den Verfügungsfond im kommenden Stadtentwicklungsausschuss zu beraten, wurde kollektiv angenommen.

10 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

keine

10.1 Anfrage Bürgeraktion - Mobile Kommunikation an Schulen

RM Reffgen/BA reichte folgende Anfrage (liegt als Anlage 5 bei) ein:

Im Rahmen der Haushaltsplanberatungen hat die Verwaltung im Schul- und Sportausschuss im Zuge von ergänzenden Erläuterungen zur Investition 101200048 auf die Absicht verwiesen, u. a. an Grundschulen neue Drahtlosnetzwerke (WLAN) für den Einsatz von mobilen Computersystemen aufbauen zu wollen.

In diesem Zusammenhang fragen wir die Verwaltung:

- 1. Sind der Verwaltung die gesundheitlichen Risiken durch hochfrequente elektromagnetische Strahlung (HF-EMF) mobiler Kommunikationstechnologien insbesondere für Kinder und Jugendliche bekannt, die aufgrund ihres körperlichen Entwicklungsstadiums eine besonders gefährdete Nutzergruppe darstellen?*
- 2. Ist der Verwaltung das Projekt "FunkySchool" bekannt, das die Bedenken von Wissenschaftlern, Medizinern und des Europarats aufgreift, die der Meinung sind, hochfrequente elektro-*

magnetische Strahlung von Handys, WLAN, Tablets oder schnurlosen Telefonen könnte gesundheitsschädlich sein?

(Die Weltgesundheitsorganisation WHO hält Mobilfunkstrahlung für "möglicherweise krebserregend"; die weltweite Vereinigung kritischer Wissenschaftler "Bio-Initiative Working Group" warnt vor unterschiedlichen, schweren Gesundheitsrisiken - vor allem mit Langzeitwirkungen.)

- 3. Wie reagiert die Verwaltung auf die grundsätzliche Erkenntnis, dass zur Erreichung des Ziels "Medienmündigkeit" unserer Kinder lediglich die kabelgebundene digitale Kommunikation erforderlich ist und nach Auffassung von Wissenschaftlern die Mobilität, die heute noch auf risikobehafteter Funkstrahlung beruht, so lange restriktiv gehandhabt werden sollte, bis risikoarme Alternativen in den Schulen zur Verfügung stehen?*
- 4. Ist der Verwaltung der internationale Ärzteappell - Freiburger Appell - geläufig, mit dem Ärzte feststellen, Mobilfunk gefährde die Gesundheit und Vorsorgemaßnahmen fordern?*
- 5. Wie versucht die Verwaltung der Verantwortung zur Unversehrtheit der schutzbefohlenen Kinder und Jugendlichen im Hinblick auf gesundheitsgefährdende Strahlenbelastung gerecht zu werden?*
- 6. Steht die Investition 101200048 im Einklang mit dieser Verantwortung?*

Ludger Reffgen, Fraktionsvorsitzender Bürgeraktion

Ende der Sitzung: 18:50 Uhr

Bürgermeisterin Birgit Alkenings
Vorsitzende

Tobias Schlusche
Schriftführer/in

Gesehen: